

Heute Demo der Metaller in Kiel

KIEL. Die IG Metall Küste hat für den heutigen Freitag mehr als 10 000 Beschäftigte aus 20 Betrieben zu sogenannten Frühschluss-Aktionen aufgerufen. „Die Beschäftigten werden ein deutliches Zeichen für sichere Beschäftigung und Einkommen setzen“, sagte Stephanie Schmoliner, Geschäftsführerin der IG Metall Kiel-Neumünster. Rund 300 Delegierte aus den Betrieben werden anschließend um 11 Uhr zu einer zentralen Autokundgebung auf dem Kieler Exerzierplatz zusammenkommen. „Die Arbeitgeber sind aufgefordert, endlich zukunftsfähige Lösungen auf den Tisch zu legen“, sagte Schmoliner. „Wer heute keine Beschäftigung sichern will, auf den ist auch Morgen kein Verlass.“

In der Metall- und Elektroindustrie fordert die IG Metall ein Volumen von vier Prozent mehr Geld für zwölf Monate, das zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen eingesetzt werden soll. Neben betrieblichen Zukunftstarifverträgen soll auch über die Arbeitszeitanpassung in Ostdeutschland und die Einbeziehung von dual Studierenden in die Tarifverträge gesprochen werden.



Laura Paczos (li.) und Anna Prestin besuchen das RBZ Wirtschaft in Kiel. Sie gehören zu 20 Jugendlichen, auf deren Expertise die Bundesbank Wert legt. FOTOS: PAESLER/RÜSTMANN

Kielerinnen beraten die Bundesbank

Laura Paczos und Anna Prestin sitzen im norddeutschen Schülerbeirat – Das Ende des Bargelds sehen sie noch nicht

VON ANNE HOLBACH

KIEL. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge befassen sich junge Menschen meist erst dann mit Finanzfragen, wenn es dafür einen konkreten Anlass gibt. Etwa ein Viertel beschäftigt sich alleine aus Neugier heraus mit dem Thema. Zwei von ihnen sind die Kielerinnen Laura Paczos und Anna Prestin. Die 17-Jährigen sitzen mit 18 weiteren Jugendlichen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern im Schülerbeirat der Bundesbank und diskutieren dort über aktuelle Aspekte der Geld- und Wirtschaftspolitik. Besonders interessieren die beiden Schülerinnen jetzt die Folgen der Coronapandemie für die Märkte.

„Es fehlt vielen Leuten nicht nur persönlich das Geld. Der Staat hat sich wegen der Corona-Krise verschuldet. Deutschland gibt viel Geld aus, um Unternehmen wirtschaftlich zu retten, das kann problematisch sein“, glaubt Anna. Angst davor, dass sie als nachfolgende Generation auf einem untilgbaren Schuldenberg sitzen bleiben, haben die 17-Jährigen aber nicht. „Ich denke, es wird machbar sein, die Schulden wieder abzubauen. Ich mache mir darüber persönlich keine



„Beim digitalen Bezahlen kann sehr leicht verfolgt werden, was man kauft.“

Laura Paczos, Schülerin RBZ Wirtschaft Kiel

„Ich habe den Eindruck, dass Bargeld eine tiefe Verwurzelung in der deutschen Kultur hat.“

Anna Prestin, Schülerin RBZ Wirtschaft Kiel

Sorgen“, sagt Laura. Auch, dass die Verbraucherpreise in Deutschland zuletzt stark gestiegen sind, sehen die Schülerinnen gelassen. Weil Geschäfte, Gastronomie und Hotels geschlossen sind, geben die Menschen derzeit weniger aus. Ökonomen gehen davon aus, dass einige nach dem Lockdown ihre Anschaffungen nachholen und bei hoher Nachfrage die Preise weiter in die Höhe gehen. Panik vor einer Inflation haben die Schülerinnen trotzdem nicht. Laura gibt zu bedenken, dass viele Leute gerade nur in Kurzarbeit sind und nicht viel Geld zum Konsumieren haben. „Bestimmt wird mehr gekauft, wenn alles wieder auf hat, aber nicht so viel, dass es zu einer richtig großen Inflation kommen kann.“

Zustimmung bekommt sie von Bundesbank-Sprecher Jörn Eckhoff. „Wir erwarten, dass wir im Laufe dieses Jahres für eine gewisse Zeit eine höhere Inflationsrate sehen werden, als wir es zuletzt gewohnt waren. Das kann an die drei Prozent herangehen, möglicherweise sogar etwas darüber.“ Die Wiedererhöhung der Mehrwertsteuer spiele hier eine Rolle, Ölpreise und statistische Effekte seien ebenfalls Treiber. Danach werde sich die Rate wieder abschwächen.

Obwohl über Zinsen nicht mehr viel zu holen ist, haben die Teenager noch ganz klassisch ein Sparbuch. Das hatten ihnen ihre Eltern angelegt. „Ich habe darauf zwar noch ein bisschen Geld, aber wenn ich etwas sparen will, lege ich das eher in ein Kästchen“, sagt Laura. Aktiengeschäfte machen beide noch nicht. In ihrem Freundeskreis investierten aber schon einige in Aktien, erzählt Anna.

Beide Teenager haben noch ein klassisches Sparbuch

Einem Abschied vom Bargeld stehen sie zwiespalten gegenüber. Je mehr sich die Welt digitalisiert, desto mehr Bezahlung werde auch über diese Kanäle laufen. „Einerseits ist es sicherer, kein Bargeld dabei zu haben, weil man zum Beispiel auf der Straße deswegen nicht überfallen werden kann. Andererseits kann beim digitalen Bezahlen sehr leicht verfolgt werden, was man kauft und welche Interessen man hat“, findet Laura. Sie habe den Eindruck, dass Bargeld eine tiefe Verwurzelung in der deutschen Kultur habe, sagt Anna. „Ich zahle auch lieber bar, weil ich so einen besseren Überblick habe, was ich ausgeben.“ Corona habe aber bei

vielen zum Umdenken geführt, glaubt die Schülerin.

Laut Eckhoff zeigen die Statistiken, dass der Anteil an Barzahlungen im Corona-Jahr deutlich zurückgegangen ist. An der Ladenkasse griffen die Menschen stattdessen vermehrt auf Kartenzahlungen zurück, wobei das kontaktlose Bezahlen eine immer größere Rolle spiele. Weil Teile des Einzelhandels geschlossen waren, gab es zudem weniger Möglichkeiten, Bargeld zu benutzen. Später werde sich zeigen, ob ein Gewohnheitseffekt einsetze oder die Bevölkerung wieder stärker auf Bargeld umschwänke.

Auf ihrer nächsten Sitzung im Mai wollen die beiden Schülerinnen das erörtern. Auch die Frage, ob es klug wäre, Kredite in Richtung ökologischer Entwicklungen zu lenken, würden sie gern mitnehmen. „Umwelt ist in unserer Generation ein sehr großes Thema. Ich finde es interessant und auch wichtig, in diese Richtung zu denken“, sagt Anna.

Der Bundesbank sei es wichtig, mit jungen Menschen über solche Zukunftsfragen ins Gespräch zu kommen, sagt Eckhoff. Der Input diene insbesondere dazu, Programme zur ökonomischen Bildung an die Interessen der Schüler anzupassen.

Belttunnel: Punktsieg für die Reedereien

LUXEMBURG. Im Streit über die staatliche Förderung des geplanten Fehmarnbelt-Tunnels zwischen Dänemark und Deutschland droht der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine Niederlage. Der zuständige EuGH-Gutachter empfahl am Donnerstag, die Rechtsmittel der Brüsseler Behörde gegen ein Urteil erster Instanz für unzulässig zu erklären. Die Entscheidung des EuGH wird in einigen Wochen erwartet.

Mehrere Fährbetreiber klagen gegen die von Dänemark angekündigten staatlichen Hilfen für den Konzern Femern A/S, der für Planung, Bau und Betrieb der Beltverbindung zuständig ist. Ihre Klage richtet sich gegen die EU-Kommission, die 2015 nicht wegen Wettbewerbsverzerrung einschritt. Das EU-Gericht gab den Reedereien 2018 in wichtigen Punkten Recht. Nach dem Gutachten von Generalanwalt Giovanni Pitruzzella könnte dieses Urteil Bestand haben.

GEWINNZAHLEN

Quoten Mittwoch

„6 aus 49“: 1. Rang unbesetzt, Jackpot 5 748 289,80 €, 2. Rang 3 904 011,30 €, 3. Rang 8777,40 €, 4. Rang 3301 €, 5. Rang 147,30 €, 6. Rang 42 €, 7. Rang 16,90 €, 8. Rang 9,70 €, 9. Rang 6 €. - **Spiel 77**: 1. Rang unbesetzt, Jackpot 1 247 148,50 €, 2. Rang 77 777 €, 3. Rang 777 €, 4. Rang 77 €, 5. Rang 7 €, 6. Rang 1 €, 7. Rang 5 €. - **Super 6**: 1. Rang 100 000 €, 2. Rang 6666 €, 3. Rang 666 €, 4. Rang 66 €, 5. Rang 6 €, 6. Rang 2,50 €.

Keno vom 11.03.2021

1, 7, 9, 10, 13, 18, 29, 30, 32, 37, 43, 45, 46, 51, 52, 58, 62, 65, 66, 67
Plus 5: 2 6 6 3 9
(Alle Angaben ohne Gewähr)

Gericht sieht keinen Umweltschaden durch Butendiek

Nabu scheitert vorm OVG Münster – Beeinträchtigungen für Vogelarten nicht ausreichend belegt

VON CARSTEN LINNHOFF

MÜNSTER. Im Streit um den Offshore-Windpark Butendiek in der Nordsee vor Sylt muss der Naturschutzbund (Nabu) vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster eine Niederlage hinnehmen. Das Gericht wies am Donnerstag eine Klage auf Beseitigung eines Umweltschadens zurück.

Der Nabu hatte vom Bundesamt für Naturschutz mit Sitz in Bonn eine entsprechende Anordnung an den Betreiber gefordert. Grund: Durch den Windpark mit 80 Windenergieanlagen rund 35 Kilo-

meter westlich von Sylt seien wie bereits die Vorinstanz – nicht und ließ keine Revision zu. Dagegen ist Beschwerde am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig möglich (Aktenzeichen: 21 A 49/17).

FOTO: DPA



metrisch komplexen Umweltschadens sei Voraussetzung, dass die Ausgangslage vor dem Bau der bereits 2002 genehmigten und bis August 2015 errichteten Anlage dokumentiert werde. Erst dann sei durch den Vergleich mit dem späteren Zustand eine Bewertung möglich.

Der Nabu wies die Vorwürfe zurück und forderte das OVG auf, die Streitfrage dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorzulegen. Der Windpark wurde im seit 2005 ausgewiesenen Europäischen Vogelenschutzgebiet „Östliche Deutsche Bucht“ gebaut.